

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Zöbnitz, Neuzschlitz, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gürtner, Aue, Erzgeb.

Vertriebspreis: Was 21, Zöbnitz (mit Aue) 140, Schneeberg 10, Schwarzenberg 161, Ostritz/Grünh. Volksfreund Erzgebirge.

Kapital-Gewinn für die am Samstag erscheinende Nummer bis einschließlich 9 Uhr in den Geschäftsstellen. Der Gewinn für die Sonntags- und Feiertagsnummern wird am folgenden Tage sowie an bestimmten Tagen nicht gegeben, auch nicht für die Abnahme der zum Verkauf gelangenden Nummern. — Die Tagesnummern sind einzeln oder in Abständen über den Verkaufsstellen zu beziehen. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Jubiläumsgeldern und ähnlichen Geldleistungen sind nicht veränderbar. Geschäftsstellen in Aue, Zöbnitz, Grünhain und Schwarzenberg.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Der Preis für die 34 mm breite Colonat-Abzugsstelle im Kreisblatt beträgt 120 (Holländische) und 100 (deutsche) Mark für die 30 mm breite Post-Abzugsstelle 80, auswärts 100, für die 30 mm breite amtliche Colonat-Abzugsstelle 55, auswärts 65. Postfach-Adresse: Leipzig Nr. 12226. Gemeinde-Adressen: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Nr. 135.

Donnerstag, den 12. Juni 1924.

77. Jahrg.

Amfliche Anzeigen.

Aue. Stadtkonferenz. Freitag, den 13. Juni 1924, nachmittags 6 Uhr im Stadtkonferenzsaal. Tagesordnung: 1. Befestigung einer Anzahl von aus Anlaß des Stadtjubiläums herausgegebenen Postkarten. 2. Erhöhung der Beteiligungssumme der Stadtkonferenz an der Bauhütte. 3. Abänderung der Satzung des Eisenbahnerverbandes. 4. Besetzung der Kreditkassen-Sachverständigen-Gemeinschaft. 5. Beschaffung von Voltmetern. 6. Befestigung der Bahnhofsgebäude mit Wasser. 7. Besuch des Invalidenbundes „Invalidenheim“ um Begünstigung seiner Mitglieder bei Verteilung von Liebesgaben. 8. Vertagung wegen des Ausfallens der Stadt Aue aus dem Bezirkeverbande. 9. Ortsgesetz für den Bezirksförstereverband. 10. Beantwortung einer kleinen Anfrage.

Zur Frage des Gutachtens.

Dem „A. B.“ wird mit der Bitte um Aufnahme geschrieben:

Die neugegründete „Deutsche Industriellen-Vereinigung“ hat in zwei Erklärungen vom 14. und 19. Mai d. J. der Auffassung weitestgehender Wirtschaftskreise dahin Ausdruck gegeben, daß die von den sogenannten Sachverständigen vorgeschlagene Regelung das Ende des Deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft bedeutet. Diese Auffassung wird in steigendem Maße auch von sachverständigen Stimmen des Auslandes bestätigt. Mit schwerster Besorgnis blickt die DVB auf die unterdessen eingehenden Entwürfe, die nach den Erklärungen des Reichsfinanzministers Dr. Marx vom 4. Juni daran keinen Zweifel mehr läßt, daß nicht nur ein sachliches Einfließen auf die sogenannten Sachverständigen-Berichte bereits erfolgt ist, sondern daß sich die deutsche Regierung darüber hinaus auch schon zur Beteiligung an den vorbereitenden Maßnahmen der Durchführung jener Regelung hat bereitfinden lassen. Ohne auf die Frage einzugehen, ob sich ein solches Vorgehen ohne vorherige parlamentarische Genehmigung rechtfertigen läßt, legt die DVB gegen dieses Verfahren im Namen der von ihr vertretenen deutschen Wirtschaftskreise und insbesondere auch im Interesse der bei Annahme jener Regelung in ihrer Existenz bedrohten deutschen Angestellten- und Arbeiterchaft Verwahrung ein. Die Annahme, daß auf diese Weise die Ruhr gerettet und die deutsche Wirtschaft aus ihrer Kreditnot befreit werden könne, hält die DVB für einen verhängnisvollen Irrtum.

Nach Lage der durch die selbstverschuldeten unheilvollen Entwicklung gegebenen Verhältnisse bleibt nach Ansicht der Vereinigung nur noch eine Möglichkeit, den deutschen Staat und die deutsche Wirtschaft vor dem Untergang zu retten. Diese Möglichkeit bietet allein die rückhaltlose Aufstellung derjenigen Frage, die die tiefste Ursache des gehäuften Jammers der letzten fünf Jahre ist und die nicht nur die politische, sondern auch schlechthin die wirtschaftliche Frage Deutschlands ist: der Kriegsschuldfrage. In der Kriegsschuldfrage, wie sie in Art. 231 des sog. Vertrages von Versailles und in der Mantelnote der Alliierten vom 16. Juni 1919 niedergelegt ist, hat der Zusammenbruch unserer Wirtschaft und die Not unseres Volkes nachweislich die tiefste Ursache. Nach den eigenen Erklärungen der führenden Staatsleiter des Feindtums steht und fällt aber der sog. Vertrag von Versailles samt seinen Folgen mit der Lüge von der deutschen Kriegsschuld. Wir erinnern hier nur an die amtliche Erklärung Lloyd Georges an den damaligen deutschen Reichsminister Dr. Simons vor der Londoner Konferenz am 3. März 1921: „Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist, und wenn dieses Anerkenntnis verweigert oder aufgegeben wird, so ist der Vertrag hinfällig.“ In demselben Sinne haben sich andere Staatsleiter der Alliierten ausgesprochen, insbesondere Poincaré.

Daß auch die von den sogenannten Sachverständigen vorgeschlagene Regelung, die übrigens weit über Versailles hinausgeht, auf der Kriegsschuldfrage steht, ist nicht zu bezweifeln. Abgesehen davon, daß schon in materieller Hinsicht das, was uns in diesen Vorschlägen zugemutet wird, nur einer Nation von Verbrechern angeordnet werden könnte, verweisen wir darauf, daß in Teil I Abschn. 2 als tragende Grundzüge ausdrücklich die „moralische Verpflichtung“ Deutschlands hervorgehoben wird, und daß in Teil I Abschn. 14 zur Rechtfertigung der ungeheuerlichen in Wahrheit vernichtenden Lasten ausdrücklich gesagt wird, daß diese Last „schwer ist und schwer sein soll“. Ausländische Stimmen bestätigen diese Auffassung. Wir verweisen lediglich auf die in New York erscheinende „Financial and Commercial Chronicle“, Mai-Nummer, in der die Vorschläge als „internationale Massenverwältigung“ Deutschlands behandelt werden; und wo es u. a. heißt: „Die Last ... trägt mit diesen Buchstaben auf das Gesicht geschrieben den Stempel der Strafe!“

Die Unterfertigung des Art. 231 des sog. Verfallener Vertrages hatte die deutsche Regierung in ihrer Note vom 23. 6. 1919 zu rechtfertigen gesucht mit der Erklärung: „Wir unterzeichnen weidlich der übermächtigen Gewalt.“ Obgleich wir nicht der Auffassung sind, daß sich damit die Unterzeichnung rechtfertigen läßt, lag hier immerhin die Tatsache einer Rechtsverwahrung vor. Diese Rechtsverwahrung wird aber hinsichtlich der über Versailles hinausgehenden Lasten der

Wahlen zur Bezirksversammlung

(3. auf. Wahlkreis.)

Die Feststellung des Wahlergebnisses bei den Wahlen zur Bezirksversammlung findet im 3. Wahlkreis **Donnerstag, den 17. Juni 1924, nachm. 6 Uhr im Rathaus - Zimmer Nr. 23 -** statt. Die Wahlhandlung ist öffentlich.

Schneeberg, den 11. Juni 1924.

Der Wahlkommissar, Epperlein, Stadtrat.

Versteigerung.

Freitag, den 13. Juni, vormittags 11 Uhr, soll im Schloss ein Schreibisch (Stuhl, mit neuen Rollen) meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Diebstahl ist im Verkaufsaal zum „Grünen Hof“.

Schneeberg, den 11. Juni 1924.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Versteigerung.

Freitag, den 13. Juni 1924, vormittags 10 Uhr, soll im Witzgasthof ein großes

Polster Bett, Kasten- und Kleiderschrank (Bauholz) meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden. Sammelort der Bieter Gasthof Witzgasthof.

Johanngeorgenstadt, den 10. Juni 1924.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Niedererschlema.

Der Schlichter des Amtsgerichts, Herr Schlichter, hat hier zugewiesen. Die Verhandlung wird am Freitag, den 13. Juni, nachm. 6 Uhr, auf dem Schulsaal, abgehalten. Sonstige Verhandlungen werden auf dem Schulsaal abgehalten.

Schneeberg, den 11. Juni 1924.

Der Bürgermeister.

Blindfeuerwehr Lauscha.

Sonntag, den 14. Juni 1924, nachm. 6 Uhr, auf dem Schulsaal, abgehalten.

Das Komitee.

London, 10. Juni.

„Westminster Gazette“ führt aus, wenn nicht bald eine Aktion unternommen werde, so werde der Dawesbericht vielleicht denselben Wege gehen wie die übrigen Versuche, eine Friedensformel zu finden. Viel kostbare Zeit sei durch die Konflikte in Frankreich verloren gegangen, und die Verhältnisse in Deutschland seien weniger günstig als zuvor. Wenn der Sachverständigenplan die gewünschten Wirkungen haben soll, so müsse er rasch zur Durchführung gebracht werden. Man werde daher erleichtert aufatmen, wenn die französische Präsidentenwahl endgültig vorbei sei. „Daily Telegraph“ schreibt, jeder Freund Frankreichs hoffe auf einen raschen Übergang zu klaren Verhältnissen. Von einer Erneuerung der Fühlungnahme und des Zusammenwirkens zwischen den Regierungen der Entente hänge im Augenblick alles ab.

Cleveland, 10. Juni.

In der Eröffnungsansprache des republikanischen Kongresses würdigte der vorläufige Vorsitzende Burton u. a. das Komitee Dawes und sagte, sobald sich die verschiedenen Rationen geeinigt haben, werde Amerika Hilfe ohne Beschränkung gegeben werden. Dann würden seine unbeschränkten Hilfsquellen für Wiederbaugarbeiten zur Verfügung stehen. (Ber's. glaubt „A. B.“)

Deutsche Unterhändler vor dem Völkerbund.

Genf, 10. Juni. Anlässlich der am Mittwoch beginnenden Tagung des Völkerbundes sind einige deutsche Unterhändler über die Rinderheutefrage, darunter Staatssekretär Dr. D. Dewald, hier eingetroffen, um gegen die deutsche Forderung auf Achtung des status quo bis zum Abschluss eines Abkommens zu unterliegen. Der Völkerbundrat wird nur einen Bericht über die ergebnislosen deutsch-polnischen Verhandlungen in Wien entgegen nehmen. In Sachen der Saarfrage wird der Völkerbundrat zu zwei Raten der deutschen Regierung Stellung nehmen müssen. Die erste Rate erachtet den Völkerbundrat um Freisetzung einer Freitrip für die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet, die zweite Rate protestiert gegen die Behinderung zollfreier Einfuhr gewisser deutscher Waren in das Saargebiet.

Der Mehraufwand für die höheren Beamten.

Berlin, 10. Juni. Vom Reichsverkehrsministerium wird zu den neuen Beamtenbezügen bei der Reichsbahn unter Bezug auf die Angriffe wegen der angeblichen Verbesserung der höheren Beamten mitgeteilt: Die bei den höheren Besoldungsgruppen von Gruppe 10 aufwärts vorgenommene Aufbesserung der Bezüge macht bei der deutschen Reichsbahn auch nur 5 Prozent der gesamten Mehrkosten für alle Besoldungsgruppen aus. Wollte man die für die Aufbesserung der höheren Besoldungsgruppen verwendeten Beträge auf die unteren Besoldungsgruppen 1 bis 9 verteilen, so würde auf jeden Beamten dieser Gruppe nur ein Mehrbetrag von rund 2,50 Mk. monatlich entfallen. Würden dabei auch noch die Beamten der mittleren Gruppen berücksichtigt, so erhielt jeder Beamte sogar nur rund 1,60 Mark monatlich mehr.

Streik oder neue Verhandlungen?

Berlin, 10. Juni. Heute sind die Vertreter der christlichen Richtung der Eisenbahnerorganisationen zu einer Beratung über die Frage Streik oder neue Verhandlung zu erwarten. Morgen werden der freigewerkschaftliche Deutsche Eisenbahnerverband und der Allgemeine Eisenbahnerverband (Hirsch-Dunker) tagen.

Berlin, 10. Juni.

In der Streikbewegung der Deutschen Eisenbahner hat am Sonnabend die Vermittlung des Reichsverkehrsministers eingesetzt. Er hat die Gewerkschaftsvertreter der Deutschen Eisenbahner zum 16. Juni zu Verhandlungen nach Berlin berufen. Der auf den 16. Juni lautende Generalstreikbeschluss der kommunikativen Betriebsräte des Eisenbahnerverbandes wird von den Gewerkschaften abgelehnt, die ihre Mitglieder vor der Teilnahme an dem Streik warnen.

Regierung in Albanien.

London, 10. Juni. „Morningpost“ meldet, daß nach den letzten Berichten über den Zustand in Albanien die Lage für die Regierungstruppen ungünstig sei; sie würden noch bedrängt. Einem Telegramm zufolge habe die albanische Nationalarmee nach einer weitläufigen Schlacht die Regierungstruppen besetzt. Ganz Albanien sehe, wie es heißt, auf seinen Füßen zu stehen.

Protest gegen die Internationalisierung der Reichsbahnen.

Berlin, 10. Juni. Die Vertreter der deutschen Eisenbahner-Organisationen haben am Sonnabend dem Reichsverkehrsminister ihren Protest gegen die Internationalisierung der deutschen Reichsbahnen überreicht. Der Protest erfolgte im Namen von 450.000 deutschen Eisenbahnern.